

LAG Informations- und Nachrichtendienst Gazette

Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen Nordrhein-Westfalen

Oktober Nr. 07/2018

Inhalt

Seite 2 - 4

- ▶ Start der Kampagne des Bundesfrauenministeriums „100 Jahre Frauenwahlrecht“
- ▶ Erstmals (bereinigter) Gender Pay Gap – aufgliedert nach Bundesländern
- ▶ „In der Mamafalle“ – Frauen mit nur kurzer Elternzeit gelten oft als egoistisch
- ▶ Frauenfeindlichkeit ein Rechtspopulismus
- ▶ Wikipedia fand Nobelpreisträgerin unwichtig
- ▶ Erneut EU-Kritik an der Steuer- und Abgabenbelastung deutscher Frauen
- ▶ Streit wegen der Forderung eines Kopftuchverbots für Mädchen unter 18 Jahren
- ▶ Förderprogramm für junge Frauen mit Führungsqualitäten – SID-Mentoring

Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Seite

5

- ▶ Auch im öffentlichen Dienst ist der Alltagssexismus ein Problem
- ▶ „Sexualisierte Gewalt in organisierten und rituellen Gewaltstrukturen“ - Expertise

Tipps & Termine

Seite

6 - 8

- ▶ Gleichstellung als Ziel formulieren ist schnell geschehen – doch wie lässt sich die Zielerreichung auch messen?
- ▶ Fortbildung: Richtig Handeln als Gleichstellungsbeauftragte
- ▶ Fortbildung zum Thema „Wertschätzung“
- ▶ Betrifft Mädchen Heft 4/2018

Wenn Sie den Mailrundbrief nicht mehr zugeschickt haben wollen, genügt eine Mail mit dem Stichwort „Abbestellung Rundbrief“ an info@frauenbueros-nrw.de –
Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber/innen verantwortlich

gefördert vom

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Gleichstellung
des Landes Nordrhein-Westfalen



Start der Kampagne des Bundesfrauenministeriums „100 Jahre Frauenwahlrecht“

Bundesfrauenministerin Franziska Giffey hat die Kampagne „100 Jahre Frauenwahlrecht“ gestartet, mit der bundesweit für die „gleiche Teilhabe von Frauen und Männern“ an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft geworben werden soll. „Diese ist noch immer keine Selbstverständlichkeit, sondern muss immer wieder neu erkämpft werden,“ sagte sie anlässlich der Eröffnung einer Sonderausstellung mit dem Titel „Damenwahl“ in Frankfurt a.M.. Die Jubiläumskampagne wird von 100 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit einem Statement auf der Kampagnenseite www.100-jahre-frauenwahlrecht.de unterstützt. *(fpd 01.10.18)*

**Erstmals (bereinigter) Gender Pay Gap – aufgliedert nach Bundesländern**

Das Statistische Bundesamt hat erstmals den bereinigten Gender Pay Gap in Deutschland, aufgliedert nach Bundesländern, berechnet. Während der unbereinigte GPG den Durchschnittsverdienst aller Arbeitnehmer/innen miteinander vergleicht, misst der bereinigte GPG den Verdienstabstand von Männern und Frauen mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiografien. Die Länderergebnisse für den bereinigten GPG schwanken für 2014 zwischen 4,4 % in Schleswig-Holstein und 9,3 % in Brandenburg. Sie seien, so das Bundesamt, „somit deutlich niedriger und streuen erheblich weniger als die unbereinigten Verdienstunterschiede“. Info: www.destatis.de *(fpd 01.10.18)*

**„In der Mamafalle“ – Frauen mit nur kurzer Elternzeit gelten oft als egoistisch**

„In der Mamafalle“ titelte „Der Spiegel“, der als erster über eine noch unveröffentlichte Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung berichtete und resümierte, diese zeige, „dass Mütter bei der Jobsuche massiv benachteiligt werden, wenn sie nur kurz in Elternzeit waren“. Wörtlich: „Frauen, die nur kurz Elternzeit nehmen, werden oft als egoistisch und feindselig wahrgenommen. Was aber noch gravierender ist: Bei Bewerbungen haben sie auch Jahre später schlechtere Chancen als Mütter, die eine längere Babypause genommen haben.“ Letztere würden „im Schnitt als intelligenter eingeschätzt“ und ihnen sei „mehr Führungskompetenz unterstellt“ worden. Zudem hätten sie als „warmherziger, gutmütiger, als weniger intrigant und einschüchternd“ gegolten. Als „Schlussfolgerung“ zitierte das Magazin die Studienautorin Lena Hipp so: „Die Politik sollte noch mehr Anreize schaffen, damit Väter länger für ihre Kinder aussteigen. Dann können mehr Frauen frühzeitig an ihren Arbeitsplatz zurück. Und wenn das normaler wird, werden sie für sich auch weniger hart beurteilt als jetzt.“ *(fpd 01.10.18)*

**«Frauenfeindlichkeit eint Rechtspopulisten»**

fs/ 27. Sep 2018 - Ein Teil der Gesellschaft lehnt die Emanzipation der Frauen ab und ist deshalb offen für Attacken auf Frauen und Frauenrechte, sagt ein Wissenschaftler.

In Deutschland beklagt die rechtspopulistische AfD einen «Feminismus- und Genderwahn» und die Nivellierung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Für den Berliner Historiker Paul Nolte ist dies Ausdruck davon, dass der Umbruch der Gesellschaft von 1968 viel fundamentaler gewesen ist als bisher gedacht. Viele Menschen jenseits liberaler Milieus würden die Emanzipation der Frauen bis heute ablehnen und seien deshalb offen für die Angriffe von Rechtspopulisten auf Frauen und Frauenrechte, sagte Nolte in einem Interview mit der «Süddeutschen Zeitung»: «Die Frauenfeindlichkeit ist ein heimlicher Kern und Klebstoff illiberaler Bewegungen.» Trump's Signalwirkung

Die abschätzigen Bemerkungen von Donald Trump gegenüber Frauen habe man während des letzten US-Wahlkampfes zu wenig ernst genommen. «Sein Verhalten hat wohl etwas Konstitutives: Es sendet seiner Klientel ein Signal, dass man es mit der gesellschaftlichen Liberalisierung seit 1968 doch wohl etwas übertrieben habe. Auch jenseits der USA sehen wir diesen Antifeminismus in nationalistischen und populistischen Bewegungen.»

«Triebkraft neu-rechter Bewegungen»

Franziska Schutzbach von der Universität Basel spricht von Frauenfeindlichkeit als der «Triebkraft neu-rechter Bewegungen». In einem Artikel über Maskulinitätsideologien und

Rechtsnationalismus schreibt sie, dass man diesen Antifeminismus bisher zu wenig beachtet hat. «Lag der Fokus von Analysen zur neuen Rechten bisher vor allem auf Rassismus und Migrationsfeindlichkeit, wird jetzt zunehmend deutlich, dass Antifeminismus, Frauenverachtung und maskulistische Ideologien ebenfalls zentral, ja häufig der Ausgang für rechtsnationale Radikalisierung sind.»

Männliche Überlegenheit wieder herstellen

Der Soziologe und Männerforscher Rolf Pohl sagte gegenüber den «Belltower.News – Netz für digitale Zivilgesellschaft», das traditionelle Geschlechterrollen und die Vormachtstellung des Mannes zu den ideologischen Bausteinen des Rechtsextremismus gehören. Rechtspopulisten behaupten, dass beides in Auflösung begriffen oder schon längst abgeschafft sei. Sie sind sich einig, dass eine verloren geglaubte Männlichkeit und Überlegenheit wiederherzustellen ist. Pohl: «Es geht um eine starke, männliche Wehrhaftigkeit, die sich gegen alle Zurücksetzungen behaupten muss.»

(www.frauensicht.ch)



Wikipedia fand Nobelpreisträgerin unwichtig

fs/ 11. Okt 2018 - Ein Moderator hat einen Eintrag über Donna Strickland aus der Wikipedia gelöscht. Die Physikerin sei zu unbedeutend, meinte er. Kein Einzelfall.

Donna Strickland hat zusammen mit Gérard Mourou und Arthur Ashkin den diesjährigen Nobelpreis für Physik erhalten. Zum Zeitpunkt der Bekanntgabe durch das Nobelpreiskomitee gab es im Online-Lexikon Wikipedia nur Einträge über die beiden männlichen Preisträger. Ein Beitrag über die Kanadierin Donna Strickland wurde erst neun Stunden später auf Englisch online geschaltet, berichtet der «Guardian». Kurz darauf erschien er auch in der deutschen Wikipedia.

«Nicht bedeutsam»

Die Recherchen englischsprachiger Medien ergaben, dass Wikipedia-Moderator «BradV», erst im letzten Mai einen Eintrag über die Physikerin aus der Mitmach-Enzyklopädie gelöscht hatte. Seine Begründung: «Der Eintrag handelt von einer Person, die noch nicht die Bedingungen für Bedeutsamkeit erfüllt hat.» Wikipedia definiert Bedeutsamkeit damit, dass ein Thema «mitteilenswert» sein muss. «BradV» unterschätzte Strickland offenbar gewaltig. Als er den Artikel löschte, hatte Strickland schon längst einen Namen in der Laserphysik. Der gelöschte Artikel hatte über ihren Werdegang und frühere Auszeichnungen informiert. Darin stand auch, dass Strickland ultrakurze, hoch intensive Laserimpulse mitentwickelt hat. Dafür erhielt sie jetzt den Nobelpreis. Für «BradV» war das alles zu wenig bedeutsam.

«Bahnbrechende Erfindungen»

Das Nobelpreis-Komitee hingegen würdigte Stricklands «bahnbrechende Erfindungen im Bereich der Laserphysik». Dank der Forschungen von ihr und Gérard Mourou seien heute Laseroperationen am Auge möglich. Donna Strickland ist nach Marie Curie (1903) und Maria Goeppert-Mayer (1963) erst die dritte Frau, die den Nobelpreis für Physik erhält.

Mobbing gegen Frauen

Die Missachtung der Leistung von Donna Strickland gilt als typisch für Wikipedia. Frauen kritisieren seit langem, dass es viel zu wenige Einträge über Frauen gibt. In der englischsprachigen Wikipedia informieren nur 17 Prozent der Biografien über Frauen und nur 16 Prozent der Wikipedia-Autorinnen sind Frauen. In anderssprachigen Ausgaben sind die Frauenanteile ähnlich tief. Über die Gründe, weshalb nur wenige Frauen mitmachen, gibt es nur Vermutungen. Einige Autorinnen haben öffentlich kritisiert, dass sie von der Mehrheit der männlichen Autoren gemobbt werden. Diese würden Beiträge von Frauen abwerten und entfernen. Die Betreiberin «Wikimedia Foundation» tue zu wenig, um Autorinnen vor diesem «Wiki-Mobbing» zu schützen.

(www.frauensicht.ch)



Erneut EU-Kritik an der Steuer- und Abgabenbelastung deutscher Frauen

Auf die neuerliche Kritik des EU-Beschäftigtenrats an der „Steuer- und Abgabenbelastung von Frauen“ in Deutschland hat der Deutsche Juristinnenbund aufmerksam gemacht. Das EU-Gremium stößt sich demnach insbesondere „an den Fehlanreizen, die einer Aufstockung der

Arbeitszeit (von Frauen) entgegenwirken, gepaart mit fehlenden Kinderbetreuungsangeboten und Ganztagschulen“. Besondere Steuerregelungen, insbesondere für Zweitverdiener und Geringverdienende, sowie die Effekte der Minijob-Verdienstgrenze von 450 Euro hätten „weitere Steuerregelungen gegen eine Aufstockung der Arbeitszeit geschaffen“. Deutschland, so heißt es weiter, weise zudem „eine der höchsten Steuer- und Abgabenbelastungen für Geringverdienende auf, die meist Frauen“ seien. Zum hohen Frauenanteil an der Teilzeitbeschäftigung komme in Deutschland „eines der höchsten geschlechtsspezifischen Lohngefälle zwischen Männern und Frauen“. Das „Rentengefälle zwischen Frauen und Männern“ sei, „eines der höchsten in der Union“.

Der djb weist seinerseits auf den von der EU festgestellten „dringenden Reformbedarf bei steuer- und sozialrechtlichen Regelungen hin, die Anreize für geringfügige Beschäftigungsformen setzen und damit maßgeblich zum Gender Pay Gap, vor allem aber zum Gender Pension Gap beitragen“.

(fpd 11.10.18)



NRW und Bayern fordern ein gesetzliches Verschleierungsverbot vor Gericht

NRW und Bayern haben im Bundesrat einen Gesetzesantrag für ein Verschleierungsverbot vor Gericht eingebracht. Die Länder verweisen auf die derzeitige Rechtslage, nach der die Frage der Zulässigkeit einer Verhüllung des Gesichts während der Gerichtsverhandlung nicht generell geregelt sei. Richterliche Anordnungen, die Verhüllung zu beseitigen, würden bislang auf § 176 GVG gestützt. Diese Vorschrift ermögliche dem Vorsitzenden „Maßnahmen, die erforderlich sind, um den ungestörten Ablauf der Sitzung zu gewährleisten.“ Weiter wörtlich: „Eine einheitliche und verlässliche Handhabung der Norm hat sich in Bezug auf Gesichtsverhüllung in der Rechtsprechung bislang nicht herausbilden können. Die Schaffung einer rechtssicheren Regelung ist vor diesem Hintergrund geboten.“ ...

(fpd 11.10.18)



Streit wegen der Forderung eines Kopftuchverbots für Mädchen unter 18 Jahren

Die Forderung der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes nach einem Kopftuchverbot für Mädchen unter 18 Jahren hat in Nordrhein-Westfalen zu Streit mit dem Verband bo0nationaler Familien und Partnerschaften geführt. Der dortige Landesverband hat TdF der Bedienung „rassistischer Stereotype“ und der Verletzung der Religionsfreiheit beschuldigt, ein Vorwurf, der von Terre des Femmes zurückgewiesen wurde. In der Erwiderung von TdF heißt es: „Kinderverschleierung ist keine religiöse Pflicht im Islam, sondern ein Phänomen des modernen Islamismus. Damit liegt sie auch nicht im Schutzbereich des Artikels 4 (2) Grundgesetz, da sie nicht den Wesenskern der Religion berührt. Und selbst wenn es anders wäre: der Schutz von Kindern steht über dem Anspruch von Religionen, die Gesellschaft prägen zu wollen.“

(fpd 11.10.18)



Förderprogramm für junge Frauen mit Führungsqualitäten – SID-Mentoring

Das Mentoring-Programm 2019 von Soroptimist International Deutschland fördert junge Frauen mit Führungsqualitäten, die Interesse an gesellschaftspolitischem Engagement haben. Die Ausschreibungsfrist wurde bereits im September eröffnet. Die Präsidentin des SID erklärte aus diesem Anlass: „Obwohl junge Frauen mittlerweile die Bildungsgewinnerinnen in der Schule und an den Universitäten sind, verlieren sie immer noch, wenn es um die Besetzung von Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Institutionen geht.“ www.soroptimist.de

Email: mentoring@soroptimist.de

(fpd 11.10.18)

Auch im öffentlichen Dienst ist der Alltagssexismus ein Problem

Alltagssexismus und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts seien „bittere Erfahrungen. Die auch Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Frauen häufiger als Männer, machen müssen“, berichtete die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer, anlässlich der Vorstellung der diesjährigen dbb-Bürgerbefragung am 30.08.,.18 in Berlin. Der Studie zufolge hat „jede vierte abhängig beschäftigte Frau in ihrem Leben selbst Formen von sexueller Belästigung oder sexistischen Verhaltens im Arbeitsumfeld erfahren“. Wildfeuer nannte es „beunruhigend, dass sich betroffene Frauen in der Regel nicht Frauen, gegen sexistisches Verhalten vorzugehen“.

(fpd 01.10.18)

**„Sexualisierte Gewalt in organisierten und rituellen Gewaltstrukturen“ – Expertise**

Die Expertise „Sexualisierte Gewalt in organisierten und rituellen Gewaltstrukturen – Prävention, Intervention und Hilfe für Betroffene stärken – Empfehlungen an Politik und Gesellschaft“ des - von den Kinderschutz-Zentren und dem Projektpartner ECPAT koordinierten - Fachkreises „Sexualisierte Gewalt in organisierten und rituellen Gewaltstrukturen“ beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen einer Fachtagung vorgestellt. Download: www.kinderschutz-zentren.org/frontend/services/download.php?name=1523343454 - [_Fachkreis Empfehlungen 2018 web.pdf](#)

(fpd 01.10.18)

